



Anfrage

Vorlage: AF/0001/2023		Datum: 13.02.2023			
Verfasser:	04-Ratsfraktion AfD			Az.:	
Betreff:					
Große Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Anwohnerparkgebühren in Koblenz					
Gremienweg:					
16.03.2023	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		

Anfrage:

In der Beantwortung der Kleinen Anfrage „Anwohnerparkgebühren in den Kommunen“ (Drs. 18/5229) hat die Landesregierung angekündigt, zeitnah eine Rechtsverordnung zu erlassen, die den Kommunen freie Hand bei der Erhebung von Parkausweisgebühren für Anwohner lässt. Wörtlich heißt es in der Antwort der Landesregierung: „Der Verordnungsentwurf sieht keine Obergrenze für Anwohnerparkgebühren vor.“

Vor diesem Hintergrund stellt die AfD-Fraktion folgende Fragen:

1. Plant die Stadt im Zuge der angekündigten Rechtsverordnung des Landes eine Neuordnung der Parkausweisgebühren für Anwohner in Koblenz?
2. Falls ja, ist eine Obergrenze für Anwohnerparkgebühren vorgesehen?
3. Plant die Stadt im Zuge der angekündigten Rechtsverordnung des Landes eine gänzliche Aufhebung des Bewohnerparkens?
4. Falls ja, sind Ersatzmaßnahmen wie Quartier-Gebührensätze (z.B. in Landau) avisiert?
5. Sind Maßnahmen geplant, auf öffentliche Parkmöglichkeiten angewiesene Anwohner im Falle erhöhter Gebühren finanziell zu entlasten?
6. Sind sonstige Entlastungen für betroffene Anwohner vorgesehen?

Auswirkungen auf den Klimaschutz: /

Finanzielle Auswirkungen: /